

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon (02 28) 21 90 38/39
Telex 08 86 846 pbbn d



Inhalt

38. Jahrgang / 223

22. November 1983

Harry Ristock MdB, Spitzenkandidat der SPD zur Wahl des Regierenden Bürgermeisters in Berlin, zum 20. Jahrestag der Ermordung von John F. Kennedy: Ein US-Präsident, der Ausgleich suchte.

Seite 1

Klaus Hänsch MdEP, Mitglied des Politischen Ausschusses des Europäischen Parlaments, setzt Schwerpunkte für die Arbeit des europäischen Parlaments: Für Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit.

Seite 2

Karl Liedtke MdB, Vorsitzender des Ausschusses für das Post- und Fernmeldewesen des Deutschen Bundestages, begrüßt das Postabkommen zwischen Bundesrepublik Deutschland und Deutscher Demokratischer Republik: Schritte zur Normalisierung.

Seite 4

Karl Weinhofer MdB, Mitglied im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung, würdigt den Widerstand der christlichen Gewerkschaften gegen die Wende: Die KAB und die Kohl-Regierung.

Seite 6

Zum 20. Todestag von John F. Kennedy

Der ermordete US-Präsident setzte Maßstäbe für Humanität und friedlichen Ausgleich

Von Harry Ristock MdB
Spitzenkandidat der SPD zur Wahl des Regierenden Bürgermeisters von Berlin

Es hat wohl keinen amerikanischen Präsidenten gegeben, der die Herzen und Hoffnungen der Berliner so sehr auf seine Person gerichtet sah wie John F. Kennedy. Unvergessen ist die triumphale Fahrt des jungen Präsidenten durch unsere Stadt - wenige Monate vor seiner Ermordung. Der hunderttausendfache Jubel einte Jung und Alt. Die Zuwendung war ungeteilt und umfaßte ausnahmslos alle Schichten der Bevölkerung.

Unvergessen ist auch der Schock über die Nachricht vom Attentat. Uns Berliner hat Kennedys Tod noch tiefer getroffen als andere. Denn für die Bewohner der geteilten Stadt verkörperte er ein Amerika, daß die Verteidigung von Frieden und Freiheit nicht allein auf Waffen gründete, sondern zugleich auf Liberalität und Verständigungsbereitschaft im Innern und nach außen.

Kennedy hatte erkannt, daß die sogenannte "Politik der Stärke" und des "roll-back" versagt hatten. Wachsamkeit und Verteidigungsbereitschaft wurden unter seiner Führung ergänzt durch eine Politik der ausgestreckten Hand und der Entspannung. Sein Eintreten für die schwarze Bürgerrechtsbewegung des Martin Luther King, sein Engagement für die hungernde Dritte Welt und seine Politik für die Armen im eigenen Land setzten Maßstäbe für Toleranz, Humanität und friedlichen Ausgleich.

Frieden und Freiheit sind nicht im Gegeneinander, sondern letztlich nur im Miteinander dauerhaft zu sichern. Für diese Überzeugung stand John F. Kennedy. Nicht zuletzt aus diesem Grund wird sein Name gerade in Berlin unvergessen bleiben.

(-/22.11.1983/ks/rs)

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

+ + +

Emotionen
anlässlich
Kommunisten



Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit

Die Europäische Gemeinschaft als Chance für eine neue Qualität des Zusammenlebens

Von Dr. Klaus Hänsch MdEP

Mitglied des Politischen Ausschusses des Europäischen Parlaments

Aktuell in die politische Landschaft paßt die Konferenz "Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit", die die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament am Freitag und Sonnabend dieser Woche im Essener Handelshof veranstaltet. Wir wollen auch für diesen Politikbereich mit einer hochkarätigen Veranstaltung den Nachweis führen, daß die Europäische Gemeinschaft die Chance für eine neue Qualität des Zusammenlebens - diesmal im internationalen Maßstab - bietet.

Bereits die Bestandsaufnahme der internationalen Aktivitäten unterstreicht die internationale Bedeutung der EG:

Die Europäische Gemeinschaft schließt Verträge und Abkommen mit anderen Staaten und Staatengruppen. Sie tritt in der UNO in vielen Fällen als Einheit auf. Sie handelt mit 63 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks ein neues Abkommen zur Entwicklungszusammenarbeit aus (Lome III). Sie drängt die UdSSR und die USA auf der KSZE-Konferenz in Madrid, einer europäischen Abrüstungskonferenz zuzustimmen. Die EG zieht die Grundlinien einer gemeinsamen Nahostpolitik. Sie wendet sich gemeinsam und geschlossen gegen das amerikanische Gas-Röhren-Embargo. Sie befaßt sich zunehmend mit sicherheitspolitischen Fragen.

Mit ihrem gemeinsamen Markt von 270 Millionen Menschen, ihrem auf verhältnismäßig engem Raum angesammelten ökonomischen Potential ist die EG, ob sie es will oder nicht, ein weltpolitischer Faktor geworden. Ihre Rolle auf internationaler Ebene wird zunehmend bedeutender. Das gilt vor allem für das Verhältnis zu den Ländern der Dritten Welt, die die EG als Partner schätzen, mit der man Entwicklungspolitik im gegenseitigen Interesse betreiben kann. Das gilt aber auch für die im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) koordinierte Außenpolitik der EG-Staaten. So groß das Gewicht auf internationalem Feld inzwischen geworden ist, so wenig gibt es bislang eine europäische Konzeption für den Einsatz dieses Gewichts.

Die EG muß zu einer eigenständigen Kraft des Friedens und der Zusammenarbeit in der Welt werden. Was ist von diesem Ziel bisher erreicht worden? Welche Möglichkeiten hat die Gemeinschaft, es zu erreichen? Welche Rolle kann das Europäische Parlament dabei spielen? Welche Vorstellungen haben deutsche Sozialdemokraten und europäische Sozialisten von der internationalen Rolle der EG? Wo liegen heute die Grenzen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik? Das sind Fragen, auf die von europäischen Sozialisten Antworten verlangt werden.

Eine europäische Politik der Friedenssicherung und Zusammenarbeit muß zwei Schwerpunkte haben:

1. Sie muß die Rolle Europas im Nord-Süd-Dialog bestimmen, dazu gehört der europäische Beitrag zur Bekämpfung des Hungers in der Welt ebenso wie die Öffnung der Märkte für Produkte aus dritten Ländern und die Entwicklung neuer Formen der Zusammenarbeit.
2. Die Definition eigener europäischer Interessen im Rahmen des Ost-West-Gegensatzes, dazu gehört der Beitrag der Gemeinschaft zur Friedenssicherung in Europa, aber auch



bei der Bewältigung anderer regionaler Krisen, zum Beispiel im Nahen Osten, in Lateinamerika, in Südostasien.

Die europäischen Sozialisten müssen auf diese Fragen Antworten finden, wenn die Politik der Gemeinschaft nicht bloß eine Fortsetzung nationaler Ambitionen mit europäischen Mitteln werden soll. Es geht um eine Zusammenschau der europäischen Ziele und Möglichkeiten, um die Koordination zwischen EG-Außenwirtschafts- und EG-Entwicklungspolitik einerseits und der Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik über die EPZ andererseits. Daß dies bisher nicht ausreichend funktioniert, kann zunehmend gefährlich werden. Ohne eine engere Koordination in der Außenpolitik droht die EG in der Weltpolitik zu einem Element der Unsicherheit statt zu einer Kraft des Ausgleichs und des Friedens zu werden.

Auf dem Programm der Konferenz steht im einzelnen ein Informations- und Diskussionsangebot, das es in die es in dieser Art bisher kaum gegeben hat:

- Zunächst wird die Spitzenkandidatin der Sozialdemokraten bei den zweiten Direktwahlen zum Europäischen Parlament, Dr. Katharina Focke, in einem Grundsatzreferat das Modell der Europäischen Gemeinschaft als Friedensgemeinschaft entwerfen. Gerade durch den SPD-Parteitag vom vergangenen Wochenende und die heutige Bundestagsdebatte bekommt dieser Beitrag besonderes Gewicht.
- Ich selbst werde - voraussichtlich mit Jacques Huntzinger von der Sozialistischen Partei Frankreich als Koreferenten - eine Antwort auf die Frage geben, ob die EG eine eigene Außen- und Sicherheitspolitik benötigt.
- Edgar Pisani, Mitglied der EG-Kommission und vormals sozialistischer Europaabgeordneter, wird die Aufgaben der EG in der Politik für Entwicklung und Zusammenarbeit und im Nord-Süd-Dialog darlegen.

Die europäischen Interessen im westlichen Bündnis und die europäische Nord-Süd-Politik als Beitrag zur Friedenssicherung sind die Themen zweier Arbeitsgruppen am Sonnabend. Dazu werden unter anderem Karel van Miert MdEP als Vorsitzender der Sozialistischen Partei Belgiens sowie Dr. Hermann Scheer MdB und Dr. Gerhard Schmid MdEP für den ersten und Dr. Uwe Holtz MdB als Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie Dr. Katharina Focke MdEP als Vizepräsidentin der Beratenden Versammlung EG/AKP und Gerard Fuchs MdEP-PSF und Bob Cohen MdEP-PvdA für den zweiten Bereich Stellungnahmen abgeben.

(-/22.11.1983/ks/ca/rs)

+ + +



Postabkommen mit der DDR

Fortschritte auf dem Weg zur Normalisierung

Von Karl Liedtke MdB

Vorsitzender des Ausschusses für das Post- und Fernmeldewesen des Deutschen Bundestages

Die neuen Vereinbarungen mit der DDR über den innerdeutschen Post- und Fernmeldeverkehr sind zu begrüßen, wenn sie zu den Verbesserungen und Erleichterungen führen, die die Bundesregierung als Gegenleistung für die Erhöhung der jährlichen Pauschalzahlungen erwartet. Daß die Menschen in den beiden deutschen Staaten künftig Briefe und Pakete schneller austauschen können als bisher, daß weniger Pakete und Einschreibsendungen verlorengehen, Telefongespräche schneller zustande kommen, der Versand von Medikamenten erleichtert wird, das sind Fortschritte auf dem Wege zu einer Normalisierung der Kontaktmöglichkeiten, die die Menschen hüben und drüben seit langem erhoffen.

Das neue Postabkommen sieht vor, daß Briefe und Postkarten am zweiten Werktag (Päckchen und Pakete am dritten Werktag) nach Auflieferung an die Bestimmungsverwaltung übergeben werden sollen. Die Aushändigung von Briefen und Postkarten soll am zweiten Werktag nach Eingang im Bereich der Bestimmungsverwaltung erfolgen (Päckchen und Pakete am dritten Werktag). Um diese Laufzeiten einhalten zu können, muß die Deutsche Post der DDR organisatorische Maßnahmen entwickeln, die schrittweise eingeführt und bis Juni 1984 voll wirksam werden sollen.

Viele Menschen wissen aus eigener Erfahrung, daß die Verlustquote an Paketen, die in die DDR geschickt werden, außerordentlich hoch ist. Diese unerfreuliche Belastung im innerdeutschen Postverkehr zu beseitigen oder zumindest spürbar einzudämmen, ist ein erstrebenswertes Ziel. Die Postverwaltungen haben vereinbart, alle in ihren Kräften stehenden Maßnahmen zu treffen, um die Verluste von Postsendungen in höchstmöglichem Maße auszuschließen. Es wird sorgfältig zu beobachten sein, ob dieser Absichtserklärung konkrete Verbesserungen folgen werden.

Ferner ist in dem Abkommen vorgesehen, die gegenwärtig bestehende Begrenzung der Einfuhr von zwölf Geschenksendungen jährlich pro Person aufzuheben und die Einfuhr von Arzneimitteln wesentlich zu erweitern und zu vereinfachen. Auch das ist ein begrüßenswerter Fortschritt.

Für den Fernsprecherkehr wurde vereinbart, am 20. Dezember 1983 die Bezirksstädte Rostock, Schwerin, Karl-Marx-Stadt und Suhl sowie weitere 240 Ortsnetze in allen Bezirken der DDR in ganztägiger automatischer Betriebsweise aus der Bundesrepublik Deutschland zuzulassen. Damit wären dann 87,5 Prozent der circa 1.500 Ortsnetze der DDR im Selbstwählfernverkehr zu erreichen; zur Zeit sind es 1.070 oder 71,3 Prozent. Außerdem sollen bis Ende Februar 1984 zu den 1.421 jetzt existierenden Fernsprecheleitungen 96 zusätzliche Leitungen in der Verkehrsrichtung Bundesrepublik - DDR geschaltet werden.



Die Zahl der Telexleitungen für den Telexverkehr von der Bundesrepublik Deutschland nach der DDR soll am 20. Dezember 1983 um vier weitere von 126 auf 130 erhöht werden.

Zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin soll auf dem Territorium der DDR ein Glasfaser-Fernkabel errichtet werden, das ausschließlich für den Fernmeldetransitverkehr zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin genutzt wird. Dabei wird davon ausgegangen, daß die entstehenden Aufwendungen von der Bundesrepublik getragen werden und ein angemessenes Entgelt für die Nutzung vereinbart wird. Verhandlungen darüber sollen kurzfristig geführt und abgeschlossen werden.

Das Verkehrsaufkommen von der Bundesrepublik in die DDR ist höher als in umgekehrter Richtung. Die Deutsche Bundespost zahlt für die Mehrleistungen der Deutschen Post der DDR im innerdeutschen Post- und Fernmeldeverkehr eine jährliche Pauschale, die bisher 85 Millionen betrug. Diese jährliche Pauschale ist nun für den Zeitraum von 1983 bis 1990 auf jährlich 200 Millionen DM erhöht worden. Hinzu kommt dieses Jahr eine Vorauszahlung von 100 Millionen DM, die bei der Überweisung der Pauschale für das Jahr 1987 und für das Jahr 1990 (je 50 Millionen) verrechnet wird, also einen zinslosen Kredit darstellt.

Die als Gegenleistung vereinbarten Verbesserungen und Erleichterungen sind zu begrüßen. Ob Leistung und Gegenleistung ausgewogen sind, wird die künftige Entwicklung im innerdeutschen Post- und Fernmeldeverkehr zeigen. Daß die vereinbarten Fortschritte eigentlich normale anzustrebende Ziele sind, sei am Rande vermerkt.

Der Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen des Deutschen Bundestages ist über die ja schon seit längerer Zeit laufenden Verhandlungen mit der Deutschen Post der DDR bisher nicht informiert worden. Er wird sich in seiner nächsten Sitzung damit beschäftigen.

(-/22.11.1983/ks/rs)

+ + +



Die KAB und die Kohl-Regierung
-----**Die christlichen Gewerkschaften wehren sich gegen die Wende****Von Karl Weinhofer MdB****Mitglied im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung**

Es regt sich Widerstand. Weit über den Bereich der gewerkschaftlich organisierten hinaus sind die Arbeitnehmer nicht mehr bereit, die konzeptionslose Politik des Sozialabbaus zur angeblichen Krisenbewältigung hinzunehmen. Dies gilt gerade auch für die Arbeitnehmerorganisationen in christlicher Tradition. Das wurde besonders deutlich auf dem kürzlich stattgefundenen 5. Bundesverbandstag der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung in Berlin.

Wie muß es den Regierungsverantwortlichen in den Ohren klingen, wenn der Vorsitzende der KAB, CDU-MdB Alfons Müller, in seinem Referat betont, daß nur durch eine sinnvolle Kombination von Wachstum und Arbeitszeitverkürzung die hohe Arbeitslosigkeit spürbar gesenkt werden könne und dabei auch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit einbezieht: Und wie muß sich umgekehrt dieser Referent fühlen, wenn er wenig später von seinem Parteivorsitzenden und Kanzler zu hören bekommt, eine solche Forderung sei dumm und unsinnig! Aber dennoch: Auf dieser Tagung wurde Flagge gezeigt, wurde den Scharfmachern der Wende die Grenze des für Arbeitnehmer Erträglichen deutlich gemacht.

Laut Müller hat die KAB feststellen müssen, daß die Hauptlast der Sanierung bisher auf dem Rücken der Arbeitnehmer, Familien und Rentner erfolgt sei. Es dürften nicht weiterhin Subventionen und Privilegien für Besserverdienende außer acht bleiben. Er plädierte für die Einführung der paritätischen Mitbestimmung, für Bildungsurlaub für Arbeitnehmer und eine realistische Ausländerpolitik mit menschlichem Gesicht. Der Staat habe kein Recht, der Familie eines Ausländers vorzuschreiben, ob und wann die Kinder bei den Eltern wohnen sollten. Eine schallende Ohrfeige für Innenminister Zimmermann! Es bleibt zu wünschen, daß Herr Müller diese Standfestigkeit auch als Abgeordneter bewahrt.

Noch radikaler ging in einem Artikel der Bundesschatzmeister der KAB, der NRW-Landtagsabgeordnete der CDU Soenius, mit seiner Partei ins Gericht: "Die Geisterfahrt verantwortlicher Unionspolitiker nimmt fast zwanghafte Züge an." Und: "Der Union droht der Verlust der politischen Mitte." Er kritisiert, daß in der Union der Widerstand gegen das Sozialstaatsgebot wächst und Mitbestimmung, Tarifautonomie und Lohnfortzahlung in Frage gestellt werden.

Diese Kritik aus den eigenen Reihen sollte eigentlich jedem Zweifler endgültig die Schleiер vor den Augen wegreißen: Die Politik dieser Bundesregierung, die Rezepte von Albrecht, George und Co. haben aber auch gar nichts mit den Interessen der Arbeitnehmer gemein. Oder - um es noch einmal mit den Worten von Herrn Soenius zu sagen: "An der 'sozialen Marktwirtschaft' nagt der Wurm einseitiger Interessen."

So bleibt an dieser Stelle nur noch der Hinweis auf seine zutreffende Charakterisierung der Politik des Wirtschaftsministers dieser Regierung: "Tatenlosigkeit in den Krisenbranchen", "Abwesenheit in der Frage einer aktiven Industriepolitik" und "Wildern in der Sozialpolitik".

Man sieht, die Tunix-Regierung hat Format.

(-/22.11.1983/ks/rs)

+ + +

